1 D 3417 D

türkei infodienst

NR. 56 ERSCHEINT 14-TAGIG 23. MAI 1983

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.9.1980 wurden in der Türkei 46 Menschen hingerichtet.

b) TODESSTRAFEN

Cumhuriyet vom 10.5.1983

Das Dev-Yol-Verfahren von Tarsus ging zuende: 2 Todesstrafen

Zwei der Angeklagten im Dev-Yol-Verfahren von Tarsus wurden zum Tode verurteilt (Sükrü Gönen und Nurettin Sensoy). In dem Verfahren mit insgesamt 80 Angeklagten wurden die verhängten Todesstrafen für weitere 7 Leute umgewandelt in Haftstrafen zwischen 16 und 36 Jahren. 34 Angeklagte erhielten Haftstrafen zwischen 3 Jahren, 4 Monaten und 10 Jahren; 37 Angeklagte wurden freigesprochen.

Hürriyet vom 19.5.1983

Urteil: Zwei Todesstrafen

Nach vier Jahren wurden im Fall des " Massakers von Bahcelievler ", das mit der Ermordung von 7 Jugendlichen der Türkischen Arbeiterpartei endete, die Urteile gefällt.
Nach dem Urteil, der vom Militärgericht Nr. 1 bei der Kriegsrechtskommandantur Ankara bekanntgegeben wurde, wurden Haluk Kirci (bekannt unter dem Kodenamen "Idi Amin") und Ahmet Ercüment Gedikli zum Tode verurteilt. 2 weitere Angeklagte erhielten Haftstrafen von je 15 Jahren. 5 Angeklagte wurden freigesprochen.
Die Zahl der verhängten Todesstrafen erhöhte sich damit auf 194.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Cumhuriyet vom 13.5.1983

Das Verfahren um die Gültepe-Ereignisse

In dem Verfahren mit 18 Angeklagten wurde für Ali Akgün gemäß Paragraph 146/1 des türkischen Strafgesetzes die Todesstrafe beantragt. Desweiteren wurde für einen Angeklagten lebenslange Haft, für 10 Angeklagte Haftstrafen zwischen 5 und 15 Jahren und für 5 Angeklagte Freispruch beantragt.
Seit dem 12.9.1980 wurden vor den Gerichten der Türkei 5.942 Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 7.5.1983

Bilanz von 2,5 Jahren bei den Militärgerichten: 14000 Verurteilungen, 10000 Freisprüche

In der Zeit von der Ankündigung des Kriegsrechts bis zum 31.3.1983 wurden von den bei den Militärgerichten Angeklagten 14000 zu verschiedeneq Haftstrafen verurteilt und 10000 freigesprochen. In den Militärgefängnissen befinden sich 12307 Untersuchungsgefangene und 7200 rechtskräftig Verurteilte. Von 117 verhängten Todesstrafen wurden 23 vollstreckt.
Insgesamt wurden in dieser Zeit 41899 Akten an die Militärgerichte überstellt.
In der Bekanntmachung findet sich folgende Verteilung der Verurteilungen nach Dauer der Strafen:
" 28524 Verurteilungen bis zu 5 Jahren, 2418 Verurteilungen zu Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren 1017 Verurteilungen zu Haftstrafen zwischen 10 und 20 Jahren, 433 Verurteilungen zu mehr als 20 Jahren, 141 Verurteilungen zu lebenslanger Haft und 117 verhängte Todesstrafen. "

Tercüman vom 8.5.1983

Von der Verkündung des Kriegsrechts bis heute kamen insgesamt 60900 Akten zu den Militärstaatsanwaltschaften: Von 117 Leuten, die zum Tode verurteilt wurden, waren 79 Linke

Von 117 Leuten, die zum Tode verurteilt wurden, waren 79 Linke, 34 Rechte und 1 Separatist. Von dreien konnte die Weltanschauung nicht festgestellt werden.
Verurteilungen bis zu 5 Jahren: Insgesamt 28524 Leute: davon 14943 Linke, 3597 Rechte und 588 Separatisten. Bei 9396 Verurteilten war die Weltanschauung nicht klar.
Verurteilungen von 5 bis zu 10 Jahren: Insgesamt 2418 Leute: davon 1588 Linke, 266 Rechte und 76 Separatisten. Bei 488 Personen war die Weltanschauung nicht klar.
Verurteilungen von 10 bis zu 20 Jahren: Insgesamt 1017 Personen: davon 500 Linke, 249 Rechte und 19 Separatisten. Ohne klare Weltanschauung: 249 Personen.
Verurteilungen zu mehr als 20 Jahren: Insgesamt 433 Personen: davon 278 Linke, 90 Rechte und 4 Separatisten. 61 Personen ohne klare Weltanschauung.
Verurteilungen zu lebenslanger Haft: Insgesamt 141 Personen: davon 106 Linke, 22 Rechte und 1 Separatist. 61 Personen ohne klare Weltanschauung.

Cumhuriyet vom 5.5.1983

Dogu Perincek wurde zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt

Der Vorsitzende der aufgelösten Arbeiter und Bauernpartei der Türkei, Dogu Perincek, wurde zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. 27 Parteifunktionäre erhielten Haftstrafen zwischen 6 und 12 Jahren. Perincek und 9 seiner Freunde wurden im Gerichtssaal verhaftet und ins Gefängnis gebracht. 40 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 6.5.1983

Rechtsanwälte legten Berufung gegen das Urteil im TIKP-Verfahren ein

Die Rechtsanwälte der Angeklagten legten gestern gegen die Urteile gegen Dogu Perincek und seine Freunde Berufung ein. In ihrem Antrag heißt es, daß das Urteil des Gerichts völlig im Widerspruch zum Inhalt der Akten stän-

de.

Cumhuriyet vom 6.5.1983

Die in Izmir verhafteten ehemaligen CHP-Kreisvorsitzenden wurden freigelassen

Die ehemaligen Kreisvorsitzenden der CHP, die in Bornova in einem Kino eine Veranstaltung durchführten, wurden von der politischen Polizei festgenommen. Nach der Aufnahme ihrer Aussagen wurden sie gestern morgen wieder freigelassen. Jedoch wurde gegen sie eine Untersuchung eröffnet.
Man hatte erfahren, daß sich die ehemaligen Kreisvorsitzenden zwecks einer Parteigründung versammelt hatten. Die Versammlung wurde ohne Erlaubnis durchgeführt. Gemäß der Mitteilung Nr. 2 der Kriegsrechtskommandantur dürfen solche Veranstaltungen nur unter der Bedingung stattfinden, daß vorher eine Erlaubnis eingeholt wird.

Cumhuriyet vom 6.5.1983

Der Anwalt Tahiroglu im DISK-Verfahren wurde zu 1 Tag Gefängnis verurteilt

Der Anwalt war inhaftiert worden, weil er in der Verhandlung vom 4.5. dem Gericht gegenüber unangemessene Worte gebraucht und sich auch unangemessen verhalten hatte. Er wurde von den gleichen Richtern zu einer leichten Gefängnisstrafe von 1 Tag verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet und Ercüment Tahiroglu auf freien Fuß gesetzt.

Cumhuriyet vom 7.5.1983

DISK-Verfahren: Rechtsanwälte nahmen an der gestrigen Verhandlung nicht teil

Nach Verhängung einer Disziplinarstrafe von 1 Tag Gefängnis gegen den Rechtsanwalt Ercüment Tahiroglu nahmen die Rechtsanwälte im DISK-Verfahren gestern nicht an der Verhandlung teil. In einer Mitteilung, die die Unterschrift einiger Rechtsanwälte trägt und die übergeben und vorgelesen wurde, heißt es, daß sie wegen der Einschränkung der Verteidigerrechte unter solchen Bedingungen ihre Aufgabe der Verteidigung nicht leisten könnten und deshalb an der gestrigen Verhandlung nicht teilnehmen könnten.

Hürriyet vom 7.5.1983

Im Verfahren gegen Halkin Kurtulusu wurde 1 Angeklagter zu lebenslanger Haft verurteilt

Wegen Mitgliedschaft in der illegalen Organisation Halkin Kurtulusu und Teilnahme an Aktionen im Namen dieser Organisation wurden 43 Angeklagte vom Militärgericht Nr. 3 bei der Kriegsrechtskommandantur in Ankara zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt.
Der Angeklagte Kanber Ates erhielt eine lebenslange Gefängnisstrafe, Mehmet Ali Ergin wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen zwischen 6 Monaten und 8 Jahren.

Hürriyet vom 7.5.1983

Die Verhandlung von Ayhan

In der gestrigen Verhandlung gegen den rechten Aktionisten Cengiz Ayhan, der angeklagt ist wegen Mordversuchs an Mihri Belli, behauptete der Angeklagte, daß er zu dem Zeitpunkt in Mersin und nicht in Istanbul gewesen sei. Für den Angeklagten wird ein Strafe von 41 Jahren gefordert.

Cumhuriyet com 8.5.1983

Der Freispruch für 8 Polizisten wurde vom Militärischen Revisionsgericht aufgehoben

Die Freisprüche für 1 Hauptkommissar, 2 stellvertretende Kommissare und 5 Polizeibeamte, die angeklagt wurden, Cafer Dogdogan durch Folter getötet zu haben, wurden vom Militärischen Revisionsgericht aufgehoben. Der Hauptkommissar Sadik Torun, die stellvertretenden Kommissare Ahmet Ünal Ortunc und Süleyman Ates, sowie die Polizeibeamten Osman Ozaslan, Ünal Büyüler, Mustafa Cengiz, Omer Kurt und Mehmet Aydin waren freigesprochen worden. Das Revisionsgericht beschloß, daß das Verfahren gegen sie neu aufgenommen wird.

Hürriyet vom 8.5.1983

Urteil gegen die Apocus in der nächsten Woche

Es wurde mitgeteilt, daß die Urteile gegen die 570 Angeklagten der Hauptgruppe der Organisation PKK in der nächsten Woche bekanntgegeben werden.
Für 99 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert. 285 Angeklagte sollen zwischen 3 Jahren und lebenslänglich Haft erhalten. Für 136 wurde Freispruch beantragt.

Hürriyet vom 8.5.1983

Im Dev-Yol-Verfahren von Artvin wurden 31 Angeklagte aus der Haft entlassen

In diesem Verfahren mit insgesamt 970 Angeklagten wird für 147 Angeklagte die Todesstrafe gefordert, für den Rest Haftstrafen zwischen 5 und 15 Jahren. Die aus der Haft entlassenen Angeklagten werden weiterhin angeklagt, ohne in Haft zu sein. Die Zahl der inhaftierten Angeklagten beträgt jetzt 193.

Cumhuriyet vom 10.5.1983

Unser Chefredakteur wurde zu 2 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt

Der Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Nadir Nadi und der Redaktionsleiter Okay Gönensin wurden gestern vom Militärgericht Nr. 1 bei der Kriegsrechtskommandantur Istanbul zu jeweils 2 Monaten und 20 Tagen Gefängnis und 4000 Lira Geldstrafe verurteilt. Die Haftstrafe von Okay Gönensin wurde umgewandelt zu einer schweren Geldstrafe, so daß er insgesamt 12000 Lira zu zahlen hat.
Das Verfahren war eröffnet worden wegen eines Artikels vom 23.1.1983 mit der Überschrift " Ein seltsamer Entwurf ". Hierin hatte der Staatsanwalt den Tatbestand der Verleitung zu einer Straftat gesehen.

Cumhuriyet vom 10.5.1983

50 Angeklagte wurden verurteilt, 114 freigesprochen

Das Adana-Mersin-Verfahren gegen die TKP mit 168 Angeklagten ging zuende. 50 der Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen 5 und 16 Jahren verurteilt, 114 wurden freigesprochen.
Unter den Verurteilten befinden sich auch die beiden Rechtsanwälte Önder Kockal (10 Jahre und 8 Monate) und Mustafa Beskardes (5 Jahre). Das Verfahren hatte insgesamt 1,5 Jahre gedauert.

Cumhuriyet vom 10.5.1983

Das TKEP-Verfahren von Adiyaman begann

Das Verfahren gegen die Adiyaman-Gruppe der TKEP

(Türkiye Komünist Emek Partisi) mit 123 Angeklagten begann beim Militärgericht Nr. 1 bei der Kriegsrechtskommandantur Adana. 80 der Angeklagten befinden sich in Haft. Vorgeworfen wird ihnen die Mitgliedschaft in der TKEP und die Teilnahme an Aktionen zur Erreichung ihrer Ziele. Die TKEP wird charakterisiert als eine Organisation, die den verfassungsmäßigen Rahmen durch einen bewaffneten Volksaufstand zerstören und eine marxistisch-leninistische Ordnung gründen wollte.

Cumhuriyet vom 11.5.1983

Acht angeklagte Mitglieder der IGD wurden freigesprochen

Das Militärgericht Nr. 2 hat acht Mitglieder der IGD, die wegen ihrer Tätigkeiten auf dem Hintergrund der Ansichten der TKP (Zerstörung der rechtlichen und politischen Ordnung des Staates) angeklagt worden waren, freigesprochen.

Im Verfahren gegen Devrimci Derlenis wurde gestern beim Militärgericht Nr. 1 der Angeklagte Dogan Cakmak aus der Haft entlassen.

Im Dev-Yol-Cankiri-Verfahren mit insgesamt 31 Angeklagten, das beim gleichen Gericht stattfindet, wiesen die Angeklagten gestern die Beschuldigungen zurück.

Cumhuriyet vom 12.5.1983

Fikri Sönmez wurde verhört

Im Dev-Yol-Verfahren von Fatsa mit 770 Angeklagten, von denen für 268 die Todesstrafe gefordert wird, sagte der ehemalige Bürgermeister von Fatsa, Fikri Sönmez, daß er keine detaillierte Aussage machen werde, da nicht alle Angeklagten in den Verhandlungssaal gebracht worden waren.
Sönmez sagte, daß die Beschuldigungen sehr schwer seien. Wörtlich teilte er mit: *" In der Türkei wird zum ersten Mal ein Bürgermeister auch als Führer einer illegalen Organisation angeklagt. Der Staatsanwalt hat die Behauptungen der rechten Presse wörtlich in die Anklageschrift übernommen. Von der ersten bis zur letzten Seite werde ich beschuldigt. Alle meine Maßnahmen habe ich im Namen des Volkes getroffen. Seit drei Jahren, die ich inhaftiert bin, wird eine Kampagne durchgeführt, an deren Spitze die rechte Presse steht. Auch einige Führer des Staates haben Reden gehalten. Diese Behauptungen sind in die Anklageschrift übernommen worden. ..."*

Cumhuriyet vom 13.5.1983

Ein Mord wird in zwei verschiedenen Anklageschriften unterschiedlich beschrieben

Wegen der 8 Morde, die im Dev-Yol-Verfahren von Ankara mit 611 Angeklagten verhandelt werden, werden in verschiedenen Verfahren unterschiedliche Angeklagte beschuldigt. Nach der Vereinigung von 2 Verfahren wegen 2 Morde mit dem Dev-Yol-Verfahren gibt es nun die Situation, daß im gleichen Verfahren wegen der gleichen Morde verschiedene Angeklagte beschuldigt werden.
Der Mord an Ali Ozaydin wird Atilla Kilic, Ismail Sahiner und Mehmet Katlandur zur Last gelegt und die Durchführung der Tat in derAnklageschrift genau beschrieben.Beim Militärgericht Nr. 3 sind wegen des gleichen Mordes Zeynel Abidin Cayir und seine Freunde angeklagt und die Durchführung der Tat wird völlig anders dargestellt.
Wegen des Mordes an Yasar Dogan werden in der Dev-Yol-Anklageschrift Yasar Dogan, Ismail Sahiner und Veli Yildirm angeklagt. Beim Militärgericht Nr. 3 wird die gleiche Tat Mehmet Emin Gürkök und Hamza Umitli zur Last gelegt.

Cumhuriyet vom 13.5.1983

63 Angeklagte, die während der Verhandlung ihre Einheitskleidung zerrissen, wurden zu je 15 Tagen Haft verurteilt

Die Angeklagten hatten kurz nach Beginn der Verhandlung beim Militärgericht der Kriegsrechtskommandantur Izmir ihre Einheitskleidung zerrissen und ausgezogen und sich in Unterwäsche hingesetzt. Nachdem der Gerichtsvorsitzende dies als Zerstörung der Gerichtsdisziplin bezeichnet hatte, sagten die Angeklagten, denen das Wort erteilt wurde, daß das Einkleiden mit Einheitskleidung ungesetzlich sei. Danach wurden alle Angeklagten bis auf Burhan Gecgel aus dem Saal gewiesen.

Tercüman vom 12.5.1983

Für die Mitglieder des Disziplinargremiums der Istanbuler Anwaltskammer wurden bis zu 3 Jahren Gefängnis beantragt

Unter dem Vorwurf, gegen den im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen den Friedensverein inhaftierten Vorsitzenden der Istanbuler anwaltskammer Orhan Apaydin, nicht die notwendigen Untersuchungen und Disziplinarmaßnahmen durchgeführt zu haben, begann die Anklage gegen den Vorsitzenden und die Mitglieder des Disziplinargremiums wegen Vernachlässigung der Amtspflicht.
Gefordert werden Haftstrafen zwischen 6 Monaten und 3 Jahren. Beschuldigt werden die Mitglieder, gegen Orhan Apaydin gemäß Anwaltsgesetz Nr. 1136, Paragraph 154, kein Berufsverbot verhängt zu haben.

Hürriyet vom 12.5.1983

Antrag von Türkes auf Haftentlassung wurde zum 12. Male zurückgewiesen

Die Anträge von Alparslan Türkes und anderen ehemaligen Parlamentariern im MHP-Verfahren wurden zum 12. Male zurückgewiesen.

Cumhuriyet vom 13.5.1983

Im TKEP-Verfahren von Adiyaman wurden von 80 inhaftierten Angeklagten 45 aus der Haft entlassen

Von insgesamt 123 Angeklagten befinden sich jetz noch 35 in Untersuchungshaft.

Cumhuriyet vom 13.5.1983

6 Idealisten wurden zu Strafen zwischen 1 und 31 Jahren verurteilt

Wegen Mordes an Yasar Gül und Lütfü Özgül am 29.8. 1980 wurden 6 Idealisten vom Militärgericht Nr. 1 in Ankara zu Haftstrafen zwischen 1 und 31 Jahren verurteilt.

Der ehemalige Vorsitzende von Dec Genc in Ankara, Dogan Toper wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er das Auto von Metin Demir geraubt hatte.

Die beim Militärgericht Nr. 3 in Ankara angeklagten Mitglieder der Organisation Kurtulus, Sema Berberoglu und Sami Kücük, wurden zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen guter Führung wurden diese Strafen ermäßigt auf je 4 Jahre und 2 Monate. 9 Angeklagte im gleichen Verfahren wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 14.5.1983

Das TDKP-Verfahren

Im Verfahren gegen die TDKP beim Kriegsgericht Nr.2 in Ankara forderte der Staatsanwalt für 4 Angeklagte Haftstrafen von mindestens 5 Jahren, für 1 Angeklagten zwischen 3 und 5 Jahren und Freispruch für 4 Angeklagte.

Beim Militärgericht Nr. 2 in Izmir wurden jetzt die Angeklagten wegen Tätigkeit für die Organisationen Dev-Yol und Halkin Kurtulusu vor dem 12. September 1980 zu verschiedenen Haftstrafen verurteilt. Die insgesamt 10 Angeklagten erhielten Strafen zwischen 2 Jahren ,9 Monaten und 10 Tagen und 6 Jahren, 8 Monaten.

Im Dev-Yol-Verfahren von Amasya -Yeni Celtek- wurden 31 Angeklagte aus der Haft entlassen. Die Gesamtzahl der Haftentlassungen erreichte damit 118. Weitere 118 Angeklagte befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft.

Hürriyet vom 15.5.1983

Gün Sazak-Verfahren beim Militärischen Revisionsgericht

Die Verfahrensakte im Zusammenhang mit der Ermordung von Gün Sazak wurde zum Revisionsgericht geschickt. In dem Verfahren wurden 3Dev-Sol-Mitglieder verurteilt. Levent Babacan erhielt lebenslänglich Gefängnis, Zafer Özcan wurde zu 6 Jahren Haft und Cem Öz zu 5 Jahren Haft verruteilt. Gesucht werden nach wie vor 3 Leute im Zusammenhang mit diesem Verfahren.

e) VERHAFTUNGEN

Cumhuriyet vom 7.5.1983

In Istanbul wurden 22, in Izmir 8 Mitglieder der TIKKO verhaftet

Tercüman vom 10.5.1983

Mit Wasserpistole und Wagenheber überfielen sie 15 Orte

Als Ergebnis einer Operation in Ankara wurden jetzt Selahattin Kalkan und Uysal Tosun festgenommen. Man stellte fest, daß die dabei waren, die Organisation Dev-Sol wieder aufzubauen. Vor dem 12. September sollen sie an verschiedenen Aktionen teilgenommen haben.
Verschiedene Überfälle auf Läden haben die beiden Dev-Sol-Mitglieder mit Hilfe einer Wasserpistole und eines Wagenhebers durchgeführt.

Tercüman vom 12.5.1983

Literatur-Lehrer wurde festgenommen, weil er den Kommunismus lobte

Der Lehrer für Literatur am Demetevler-Gymnasium in Ankara wurde verhaftet, weil er in einem Gedichtband Kommunismuspropaganda betrieben habe.

Cumhuriyet vom 14.5.1983

In Adana wurden 15 Dev-Yol-Mitglieder verhaftet

Hürriyet vom 13.5.1983

Rechtsanwalt wurde wegen Beleidigung des Staatspräsidenten verhaftet

Der Rechtsanwalt Aslan Keceli, der zur Anwaltskammer von Aydin gehört, wurde unter der Anschuldigung festgenommen, zusammen mit Freunden in einer Gaststätte Alkohol getrunken und dabei den Staatspräsidenten beleidigt zu haben.

f) ERSCHIESSUNGEN

Cumhuriyet vom 6.5.1983

6 Mitglieder der Organisation Devrimci Savas, darunter 1 tot, wurden gefaßt

Bei einer Operation in Izmir wurden 6 Mitglieder der Organisation Devrimci Savas gefaßt. Eine Person, wurde von Sicherheitsbeamten verletzt, als er aus dem Krankenhaus zu fliehen versuchte und starb daraufhin.Bei dieser Person handelt es sich um Bahtiyar Birlikbas.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 11.5.1983

Das Auslandskapital wartet auf eine stabile Zivilregierung

Das US-amerikanische Institut für politisches Risiko " Frost and Sullivan " berichtete in Zusammenarbeit mit dem Prognoseinstitut " Wharton Economatrics ", daß die Intensivierung der ausländischen Investitionen in der Türkei von einer stabilen Regierung abhängt. Die beiden Institute vermuten, daß im Falle einer instabilen Regierung in den Jahren 1983 - 87 halb so viel Auslandskapital investiert wird, wie bei einer stabilen Regierung.

Hürriyet vom 8.5.1983

Politische Betätigung der Gewerkschaften verboten

Das Gewerkschaftsgesetz und das Tarif- und Streikgesetz wurden vom Nationalen Sicherheitsrat verabschiedet. Gemäß der neuen Bestimmung, die die Produktionszweige regelt, müssen die zur Zeit existierenden Gewerkschaften bis zum 1. Januar 1984 eine außerordentliche Vollversammlung einberufen, eine neue Satzung ausarbeiten und sich neu organisieren. Andernfalls werden sie aufgelöst. Das " Check off " System, wonach bislang die Beiträge der Arbeiter vom Arbeitgeber an die Gewerkschaft überwiesen wurde, wurde im neuen Gesetz endgültig festgeschrieben.
Das neue Gesetz legt die Zahl der Produktionszweige, in denen Arbeiter und Arbeitgeber Gewerkschaften gründen dürfen, auf 28 fest. Jetzige Gewerkschafter dürfen in Zukunft nur noch bei zwei Vollversammlungen (6 Jahre) erneut zum Gewerkschaftsvorsitzenden gewählt werden.
Militärpersonen dürfen nicht Mitglieder der Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgebergewerkschaften werden. Aus dieser Bestimmung werden die an einem Militärarbeitsplatz tätigen Arbeiter ausgenommen. Auch Inspektoren, Kontrolleure, Direktoren und andere leitende Angestellte, die bei den Staatsbetrieben, Banken und Versicherungsanstalten beschäftigt sind, dürfen nicht Gewerkschaftsmitglieder werden. Außerdem sind Angestellte der Anstalten für religiöse Zwecke, Studenten und Lehrer der Privatschulen mit Gewerkschaftsverbot belegt.
Politische Betätigung der Gewerkschaften ist verboten. Sie dürfen keine Partei unterstützen und keiner Partei finanzielle Hilfe leisten oder selbst Hilfe empfangen. Gemeinsame Aktionen mit politischen Organisationen sind verboten.
Das vom Nationalen Sicherheitsrat festgelegte Tarif- und Streikgesetz legt die Dauer der Tarifverträge auf 1-3 Jahre fest. Die Oberste Schiedsstelle wird bis zur Einberufung des neuen Parlamentes ihrer Aufgabe nachkommen.

Neue Züricher Zeitung, 6.5.1983:

Behutsame Schritte auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie

Das neue Parteiengesetz in der Türkei

Verbote und Beschränkungen

Cl. Ankara, Ende April

Nach rund drei Jahren hat die türkische Militärregierung die bis jetzt untersagte parteipolitische Tätigkeit wieder *zugelassen* – allerdings mit gewissen Einschränkungen. Aus diesen wird deutlich, dass die Militärmachthaber den Zivilpolitikern der Zukunft *kein absolutes Vertrauen* schenken und deshalb Massnahmen getroffen haben, um die erste 5jährige Legislaturperiode nach Abhaltung der für den 6. November vorgesehenen *allgemeinen Wahlen* unter eine Art Vormundschaft zu stellen. Der Grundgedanke dabei ist, jene vor der Machtübernahme der Militärs schwelende Konfrontation einander feindlich gesinnter Lager, die zu einer *Polarisierung* auf allen Ebenen des Landes geführt hatte, nicht mehr aufkommen zu lassen.

Unterschiedliche Hoffnungen in der Bevölkerung

Damit wird einem allgemeinen Wunsch entsprochen, dass die künftige Parteipolitik nicht mehr wie zuvor in destruktiver, sondern in einer aufbauenden Weise betrieben werden solle. Während *intellektuelle Kreise* eine Rückkehr zur Demokratie herbeisehnen, befürchtet der *Mann auf der Strasse*, dass die von den Militärs wiederhergestellte Staatsautorität nach dem Uebergang zu einer *Zivilregierung* erneut einem Zustand von Terror und Anarchie weichen könnte. Die Gewährleistung politischer Freiheiten dürfte diesem «Mann auf der Strasse» weniger bedeuten als die *Sicherheit* von Leben und Eigentum.

Die Militärs glauben, dass die neuen Gesetze einen zuverlässigen Rahmen für den Aufbau einer gesunden Demokratie abgeben werden. Sie schieben der früheren Verfassung und den damaligen Partei- und Wahlgesetzen die Schuld an den negativen Auswüchsen der Demokratie Ende der siebziger Jahre in die Schuhe. Sie vertrauen darauf, dass die vom Volk im letzten November gutgeheissene *neue Verfassung*, das kürzlich mit letzten Retuschen versehene neue Parteiengesetz sowie das zurzeit in der Verfassunggebenden Versammlung debattierte *neue Wahlgesetz* eine ausreichende Garantie für ein harmonisches Funktionieren der vorgesehenen demokratischen Institutionen darstellen würden. Um opportunistischen Tendenzen vorzubeugen, haben die Militärmachthaber das Parteiengesetz mit äusserst strikten Verboten versehen. Offenbar sollen die «unbeschriebenen Blätter» begünstigt werden; eine *Uebergangsperiode* soll der zügellosen Entfaltung persönlicher Ambitionen einen Riegel vorschieben.

Besorgnisse der Militärs

Bereits die 1982 verabschiedete Verfassung hatte ein auf zehn Jahre befristetes Verbot parteipolitischer Betätigung bestimmter Kreise aufgestellt, das zwar auf bestimmte Persönlichkeiten abzielte, jedoch keine Namen nannte. Die verklausulierten Bestimmungen galten jedoch den früheren Ministerpräsidenten *Ecevit* und *Demirel* sowie den ehemaligen Vizepremiers *Erbakan* und *Türkesch*. Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, das Parteienverbot auf nur fünf Jahre zu begrenzen, änderten die Militärs bald ihre Pläne. Als nämlich Demirel, der Führer der *Gerechtigkeitspartei*, und Ecevit, der nach der Machtübernahme der Militärs zurückgetretene, jedoch bisher ohne Nachfolger gebliebene Führer der *Volkspartei*, versuchten, eine gegen das Regime gerichtete Propagandakampagne vom Stapel zu lassen, verlängerte die Regierung diese Frist auf zehn Jahre.

Demirel hatte Pläne geschmiedet, seine Anhänger unter dem Deckmantel einer mit neuem Namen versehenen Nachfolgeorganisation seiner Gerechtigkeitspartei ins Parlament zu bringen und dort eine Zusammenarbeit zwischen dieser angeblich neuen Gruppierung und einer allfälligen Nachfolgerin der Volkspartei einzufädeln – mit dem Ziel, durch eine Zweidrittelmehrheit im Parlament jene Verbotsklauseln gegen die früheren Parteiführer und deren Mitarbeiter zu Fall zu bringen.

Die über 90 Prozent der Wahlberechtigten, welche die neue Verfassung begrüsst hatten, gaben damit gleichzeitig ein *Vertrauensvotum* zugunsten von Präsident Evren ab. Hätte es zwei verschiedene Stimmzettel gegeben, einen für die Verfassung und einen für Evren als Präsidenten der Republik, so hätte die Verfassung als solche wohl weniger gut abgeschnitten. Nur weil Evren sein Gewicht in die Waagschale warf, kam es zu diesem spektakulären Ergebnis. Das Anhalten dieser positiven Stimmung gegenüber Evren gab ihm und seinen Mitarbeitern im Nationalen Sicherheitsrat *freie Hand*, gegen gewisse Parteipolitiker härter vorzugehen, da er des Rückhalts im Volk gewiss sein konnte. Dies geschah in der Form von zusätzlichen Sanktionen im neuen Parteiengesetz gegen Politiker, die dem Verbot unterstellt sind; falls diese sich indirekt am politischen Leben beteiligen sollten, droht ihnen eine *Gefängnisstrafe* von mehreren Monaten bis zu einigen Jahren.

Ausserdem behält sich der Nationale Sicherheitsrat das *Veto* gegenüber zukünftigen Parteigründern vor. In den kommenden Tagen soll eine Liste mit den Namen jener Personen erscheinen, denen die politische Beteiligung bis auf weiteres untersagt ist. Parteien können frei gegründet werden – sie würden aber ihre eigene Existenz gefährden, wenn sie dem besagten Verbot unterstellte Persönlichkeiten als Gründer aufnähmen. Das Veto-Recht des Nationalen Sicherheitsrates bedeutet, dass sogar Personen, die auf dieser schwarzen Liste nicht aufgeführt sind, ohne Gutheissung des Nationalen Sicherheitsrates in der politischen Arena *keine Chance* haben.

Misstrauen gegenüber einer politisierten Gesellschaft

Die Militärmachthaber scheinen es den einstigen führenden Politikern bis heute nicht verziehen zu haben, dass sie sich 1980 weigerten, Evren und seine Mitarbeiter bei der Bekämpfung des damals schwelenden Terrors energisch genug zu unterstützen. Ausserdem hat Evren sie kürzlich getadelt, weil sie es gemässigten Mitgliedern ihrer Parteien untersagten, einen Ministerposten im Kabinett *Bülent Ulusu* zu übernehmen. Dazu kommt, dass gemässigte Politiker, mit denen die Militärs inzwischen zusammenarbeiten wollten, inzwischen gestorben sind – nämlich *Cihat Bilgehan*, Demirels Finanzminister, und *Orhan Eyüpoglu*, Staatsminister und Parteigeneralsekretär unter Ecevit.

Die gegenwärtigen Militärmachthaber scheinen eine gewisse Allergie gegen eine in allzu grossem Masse politisierte Gesellschaft zu hegen. Im neuen Parteiengesetz wird Studenten, Beamten, Professoren und Angehörigen der Streitkräfte eine Parteimitgliedschaft untersagt. Die *Jugend- und Frauenorganisationen*, die gleichermassen als Schulen der Politik gelten, sind im neuen Gesetz nicht zugelassen. Den Frauenorganisationen kam in konservativen ländlichen Gebieten eine besondere Rolle zu, da dort eifersüchtige Ehemänner gewisse Vorbehalte gegenüber einer *Zusammenarbeit* ihrer Frauen mit fremden Männern hatten. Ausserdem hebt das neue Gesetz die Parteiorganisationen in den *Dörfern* auf; die Begründung hierfür lautet, dass diese Institutionen zu einer *Polarisation* zwischen den *Kaffeehäusern* geführt habe, die in der Türkei als politische Treffpunkte und Debattierklubs fungieren. Das Mindestalter für die Parteimitgliedschaft wird künftig 21 statt 18 Jahre betragen. Staatsbeiträge für die Finanzierung der Parteien sind nicht mehr vorgesehen. Kreditaufnahmen sowie Schenkungen seitens Dritter sind den Parteien nicht mehr gestattet. Das bedeutet, dass Private nicht mehr wie zuvor durch Geldspenden Einfluss auf das politische Leben nehmen können.

Verbannung der alten Symbole

Da die Militärs alle vor eineinhalb Jahren aufgelösten politischen Parteien als Versager betrachten, haben sie die Beibehaltung der bisherigen Namen und Embleme dieser Gruppierungen untersagt. In einem Lande, wo es trotz den während der letzten zwei Jahre eingeführten Lese- und Schreibkursen für Erwachsene immerhin noch eine erheblich Zahl von *Analphabeten* gibt, spielen Symbole eine grosse Rolle.

Die Gerechtigkeitspartei von Demirel hatte sich durch die Uebernahme des Partei-Emblems der aufgelösten Demokratischen Partei von *Menderes* – nämlich das Bild eines galoppierenden Pferdes – ihre Position als eine der beiden grossen Parteien der Türkei gesichert. Jene Staatsbürger, die schon der *Atatürk*-Tradition zuliebe zur Volkspartei hielten, haben immer für seine sechs Pfeile gestimmt – sie stehen unter anderem für Nationalismus, Etatismus, Populismus. Ohne die Möglichkeit, sich dieser Embleme zu bedienen, wird es für die neuen Parteien sehr schwer sein, das Volk anzusprechen.

Zwischen «Führern» und «Ideen»

Seit jeher haben in der Türkei «Führer-Parteien» eine grössere Rolle gespielt als «Ideen-Parteien». Den Militärmachthabern und auch den intellektuellen Kreisen geht es um die Schaffung von «Ideen-Parteien». Aber die einfachen Leute und zum Teil auch der Mittelstand sind noch immer geneigt, einem *Personenkult* zu huldigen und Parteien den Vorzug zu geben, deren Führer sie mit ihrem *Charisma* ansprechen. Auf bittere Erfahrungen zurückblickend, wollen sie nicht mehr blind auf Versprechen vertrauen. Sie sehnen sich zweifellos nach Parteiführern, denen sie ihr Vertrauen schenken können. Sie dürften auch den Geschmack an Koalitionen verloren haben, die von *kleineren Parteien*, welche das Zünglein an der Waage bilden, abhängig sind. Der «*Mann auf der Strasse*» scheint einem *Zweiparteien-System* den Vorzug zu geben: eine Regierungspartei und, als Gegengewicht, eine Oppositionspartei.

Verbot extremistischer Parteien

Die neue Verfassung verbietet die Gründung einer *faschistischen Partei* wie die Nationale Aktionspartei des Obersten *Türkesch* (der sich in Haft befindet und gegen den ein Strafverfahren vor einem Militärgericht hängig ist) oder einer *kommunistisch* geprägten Arbeiterpartei, wie die der (inzwischen wegen Flucht aus der Türkei ausgebürgerten) Frau *Behice Boran* oder auch einer *theokratischen* Partei wie die Heilspartei des von einem Militärgericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Necmettin Erbakan. Anwärter für die Gründung einer rechtskonservativen, einer liberalen und einer sozialdemokratischen Partei hingegen haben unmittelbar nach der Aufhebung des Parteienverbots die Bühne der Oeffentlichkeit betreten: Der frühere General *Turgut Sunalp* als möglicher Führer einer Zentrumspartei, der ehemalige Vizepremier *Turgut Özal*, der voraussichtlich einer liberalen Partei vorstehen wird, sowie der «Keynesianer» *Aydin Yalcin*, der eine Partei zu gründen beabsichtigt, die dem Prinzip der freien Marktwirtschaft verpflichtet ist.

Die linke Richtung ist gegenwärtig mehr gespalten als die rechte. Als erster Parteianwärter meldete sich *Necdet Calp*, der einzige unter den künftigen Parteiführern, der schon mit einem Namen und einem Emblem aufwartet: die «Populistische Partei» mit der «Sonne» als Wahrzeichen. – Weiter haben sich frühere Politiker der Volkspartei an den jüngeren Sohn Ismet Inönüs, *Erdal Inönü*, gewandt, um ihn zur Führung einer sozialdemokratischen Partei zu bewegen. Ein anderer Anwärter auf die Führung einer linksorientierten Partei ist der als Marxist geltende Journalist *Ismail Cem*. Der bekannte Marxist *Mehmet Ali Aybar*, gegen den kein Verbot der politischen Betätigung vorliegt, hat bisher nichts über seine Absichten verlauten lassen – vielleicht um sein Pulver nicht vorzeitig zu verschiessen.

Allerdings wird sie in der Zwischenzeit keine Verträge, die länger als ein Jahr laufen, ausarbeiten.
Politisch motivierte Streiks sind nach dem neuen Gesetz verboten. Der Streikbeschluss kann erst 60 Tage nach der Beschlussfassung und 6 Tage nach der notariellen Mitteilung ausgeführt werden.
Streiks und Ausperrung sind in folgenden Produktionszweigen verboten: Erste Hilfe, Bestattungsinstitute, Wasserwerke, Elektizitätswerke, Stadtgas, Kohleförderung, Erdgas, Erdölbohrungen, Banken, notarielle Dienste, Feuerwehr, Müllabfuhr, Transportwesen auf See, in der Luft und zu Land.

Cumhuriyet vom 10.5.1983

Das neue Gesetz verbietet DISK gewerkschaftliche Aktivitäten

Das neu erlassene Gewerkschaftsgesetz verbietet der Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften jede gewerkschaftliche Aktivität, solange die juristische Person der Gewerkschaft und die Gewerkschaftsführer nicht freigesprochen worden sind. Außerdem können diejenigen Gewerkschaften, gegen die nach dem Zweiten Buch, Erster Abschnitt des Türkischen Strafgesetzes wegen Verbrechen gegen den Staat Anklage erhoben worden ist, ihre Aktivitäten nicht aufnehmen.

Cumhuriyet vom 11.5.1983

Türk-Is: Wir machen uns Sorgen um das Streikrecht

Das Exekutivkomitee der Türk-Is hat gestern eine Erklärung zum Gewerkschafts- Tarif- und Streikgesetz veröffentlicht. In der Erklärung heißt es, daß sich die Türk-Is sorgt um die unverzichtbaren Bestandteile der Gewerkschaftsfreiheit, das Tarif- und Streikgesetz. Man müsse akzeptieren, daß die Erweiterung des Streikverbots das Tarifrecht nicht beeinflussen kann.
Türk-Is weist auf einige posittive Veränderungen in den betreffenden Paragraphen hin. Trotzdem könne man aber nicht sagen, daß die Gewerkschaften gegen willkürliche Maßnahmen und Beschlüsse des Verwaltungsapparates hinreichend geschützt seien. Hierbei seien besonders die Bedingungen für die Beschränkung der Aktivitäten der Gewerkschaften und für ihre Auflösung besorgniserregend.

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 6.5.1983

Die zusätzliche Militärhilfe an die Türkei blockiert

Das Repräsentantenhaus hat die von Präsident Reagan vorgeschlagene Militärhilfe um ein Drittel reduziert und einige Länder, unter denen sich auch die Türkei befindet von der Liste der Hilfeempfänger gestrichen.

Cumhuriyet vom 7.5.1983

Das Verhältnis von 10 zu 7 wurde angenommen

Die für Auslandsangelegenheiten zuständige Senatskommission der USA beschloß, das traditionelle Verhältnis von 10 zu 7 auch im kommenden Jahr beizubehalten und an die Türkei eine Militärhilfe von insgesamt 715 Mio. Dollar und an Griechenland 500 Mio. Dollar zu zahlen.

Cumhuriyet vom 6.5.1983

Die Staatspräsidenten von Rumänien und Bulgarien kommen

Die Türkei wird Ende Mai den rumänischen und den bulgarischen Staatspräsidenten zu Gast haben.
Die beiden Staatspräsidenten statten Kenan Evren einen Gegenbesuch ab. Staatspräsident Evren besuchte diese beiden Länder vor zwei Jahren.

Cumhuriyet vom 6.5.1983

Türkei-Bericht der OECD

Die OECD hebt in einem Türkei-Bericht hervor, daß Lohnbeschränkungen in den Jahren nach 1980 eine große Rolle bei der Senkung der Inflationsrate gespielt haben. In dem Bericht wird festgestellt, daß die Löhne und Gehälter in den Jahren 1980 und 1981 relativ gesehen zurückgingen und es zu vermuten sei, daß dieser Rückgang 1982 gestoppt wurde.

Cumhuriyet vom 7.5.1983

Die OECD sieht für die Türkei eine Inflationsrate in Höhe von 25 - 29% vor

Die OECD schätzt die diesjährige Inflationsrate in der Türkei nach Großhandelspreise umgerechnet auf 23% und nach Einzelhandelspreisen auf 25 - 29%.

Cumhuriyet vom 7.5.1983

Die Weltbank gewährt der TEK einen 100-Millionen-Dollar-Kredit

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß die Weltbank den Elektrizitätswerken der Türkei (TEK) einen Projektkredit in Höhe von 100 Mio. Dollar gewähren will. Bei diesem Projekt handelt es sich um die Modernisierung und den Neubau von Energiezuleitungssystemen.

Cumhuriyet vom 7.5.1983

Die US-Botschaft gibt keinen Kommentar zum Bau der Senderantenne

Es ist immer noch nicht geklärt, ob die Berichte über den Bau einer Antenne für die amerikanischen Ostblock-Sender stimmen. Die türkischen Regierungsstellen wollten sich zur Sache nicht äußern. Die amerikanischen Diplomaten dagegen haben diese Berichte weder bestätigt noch dementiert. Sie sagten nur " Kein Kommentar ".

Hürriyet vom 8.5.1983

Chef der Landstreitkräfte von Südkorea zu Besuch

Der Chef der Landstreitkräfte von Südkorea, General Yung Si Hwang, wird morgen in der Türkei eintreffen. Er sit vom Chef der Türkischen Landstreitkräfte, General Nurettin Ersin, eingeladen worden.

Cumhuriyet vom 7.5.1983

US-Botschafter Hupe besuchte Celal Bayar

Der Besuch des amerikanischen Botschafters Robert Strauzs-Hupe bei Celal Bayar gerade zu einer Zeit, in der politische Aktivitäten an Intensität zunehmen, hat sowohl in diplomatischen als auch in politischen Kreisen großen Widerhall gefunden.
Ein amerikanischer Diplomat, der seinen Namen nicht nennen wollte, erklärte der Cumhuriyet, daß der Besuch des Botschafters nichts mit der Innenpolitik der Türkei

zu tun habe.

Cumhuriyet vom 9.5.1983

Diesmal beschwert sich Papandreu in Ungarn über die Türkei

Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreu setzt seine Prppaganda gegen die Türkei fort. Zuletzt hat er sich in Ungarn über die Türkei beschwert. Laut einem Bericht der Agentur AP aus Budapest hat Papandreu in einer Erklärung gegenüber dem Presseorgan der kommunistischen Partei Ungarns " Nepszabadsag " folgende Anschuldigungen gegen unser Land erhoben: Die Türkei anerkenne internationale Grenzen nicht und schaffe durch Forderungen im ägäischen Raum Spannungen.

Hürriyet vom 10.5.1983

Reagan: " Die Türkei kehrt zur Demokratie zurück "

Der Präsident der USA, Ronald Reagan, begrüßte die Erklärung der Türkei, daß allgemeine Wahlen am 6. November abgehalten werden und gab seinem Gefühl Ausdruck, daß dies ein Beweis für schnellstmögliche Rückkehr zur Demokratie sei. Er hob hervor, daß die Militärs, die die Anarchie von vor 1980 stoppten, sich große Mühe gaben, so schnell wie möglich zur Demokratie zurückzukehren.

BRD

Tercüman vom 12.5.1983

Der linke Terrorist, der in Zürich seinen Freund tötete, hat sich in Istanbul ergeben

Es wurde bekanntgegeben, daß der Terrorist Erdem Özdemir, der vor einiger Zeit aufgrund einer politischen Diskussion seinen Freund Burhan Tan tötete und Öztekin Karagül schwer verletzte, sich in Istanbul der türkischen Polizei ergeben hat.
Die Züricher Polizei berichtete auf ihrer wöchentlichen Pressekonferenz, daß Erdem Özdemir nach der Tat in die Türkei geflüchtet und sich dort ergeben habe.
Özdemir war , weil er in der Türkei mit anarchistischen Ereignissen zu tun hatte, zunächst nach Frankreich und dann in die Schweiz geflüchtet.

Tercüman vom 12.5.1983

Die Deutschen liefern den Führer der TIKKO, Balkir, nach wie vor nicht aus

Die bundesdeutschen Behörden liefern den Führer der illegalen kommunistischen Terrororganisation TKP-ML/TIKKO, Hüseyin Balkir, nicht an die Türkei aus.
Balkir war im Mai vorigen Jahres an der deutsch-schweizerischen Grenze von der deutschen Polizei im Zug verhaftet worden, nachdem er denunziert worden war. Die deutsche Polizei nahm die Fingerabdrücke von Balkir, der eine Waffe bei sich hatte und schickte sie in die Türkei.Die Identifikation und Anforderung des Innenministeriums brachte kein Ergebnis. Die Verantwortlichen im deutschen Innenministerium liessen unsere Auslieferungsverlangen seit 1,5 Jahren mit verschiedenen Vorwänden ohne Ergebnis.

Tercüman vom 12.5.1983

Die Grünen luden Yilmaz Güney nach Deutschland ein

Daß die eigentliche Farbe der Grünen, die das deutsche Demokratiegleichgewicht zerstören und bei den letzten Wahlen erfolgreich ins Parlament einzogen, rot ist, ist wieder einmal klar geworden. Im Namen der Fraktion der Grünen luden sie Yilmaz Güney offiziell nach Deutschland ein.
Die deutsche Regierung hatte schon früher zweimal erklärt, daß sie Güney, falls er kommen sollte verhaften und an die Türkei ausliefern würde.
Der Sprecher der Grünen hatte seine Unverschämtheit gezeigt, als der die deutsche Regierung kritisierte, indem er sagte, daß es ein Skandal sei, daß ein Filmregisseur, dem in der ganzen Welt solch eine Achtung gezollt wird, sobald er nach Deutschland komme verhaftet wird.

Hürriyet vom 11.5.1983

Der Flüchtlingsstrom ist auch für die Schweiz zum Problem geworden

Die Schweiz mußte wegen des Anstiegs der Zahl der Asylanten 60 neue Beamte einstellen.
Im Kanton Bern hatte die Bearbeitung der schnell ansteigenden Zahl von Akten und der Beschluß darüber zuletzt 2-3 Jahre gedauert. Daraufhin wurde eine spezielle Beamtengruppe mit 60 Leuten gegründet. Die Bearbeitung und der Beschluß werden nun innerhalb von 6 Monaten erfolgen.

Tercüamn vom 11.5.1983

Extremistische Linke, die in Köln Flugblätter verteilten, überfielen unsere Landsleute

Eine Gruppe von extremistischen Linken, mit türkischen Pässen, die vor der Mensa in Köln Plakate anbrachten und Flugblätter gegen die Türkei verteilten, hat türkische Arbeiter überfallen.
Einige türkische Arbeiter, die an der Mensa vorbeigingen, nahm die Flugblätter nicht an. Die extremistischen Linken überfielen diejenigen, die die Flugblätter zerrissen und wegwarfen.

Tercüman vom 9.5.1983

In Wien demonstrierten 4 kommunistische Türken gegen die Türkei

Während der österreichische Staatspräsident Rudolf Kirchschläger anläßlich des Eröffungsaktes des Türken-Jahres im Wiener Konzerthaus eine Ansprache hielt, entrollten 4 türkische Kommunisten, unter ihnen 2 Mädchen, ein Spruchband, das sie in den Händen hielten und schrieen " Nein zum Faschismus ". Das Ereignis verlief unter den erstaunten Blicken der über 1000 geladenen Gäste. Die politische Polizei griff sofort ein. Kirchschläger führte seine Rede fort , als sei nichts geschehen und fügte nur den einzigen Satz: " Auch das ist unsere Freiheit " hinzu.
Weder die politische Polizei noch die Wiener Sicherheitsbehörden gaben im Zusammenhang mit dem Ereignis eine Erklärung ab. Das Pressebüro der politischen Polizei begnügte sich mit der Feststellung, daß man die Demonstranten festgenommen habe, aber über ihre Identitä nichts werde sagen können.

Tercüman vom 9.5.1983

Yilmaz Güney nimmt am Festival von Cannes als " Staatenloser " teil

Der in der Türkei wegen Mordes an einem Richter verurteilte Yilmaz Güney wird am Festival von Cannes mit dem Film "Duvar (Die Mauer) " als Staatenloser teilnehmen.

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Cumhuriyet vom 16.5.1983

Die Zeitung Tercüman wurde zu 8000 Mark Geldstrafe verurteilt

Die Zeitung Tercüman wurde von einem bundesdeutschen Gericht wegen Beleidigung des Schriftstellers Dursun Akcam zu einer Geldstrafe in Höhe von 8000 Mark verurteilt.
Das Frankfurter Gericht war zu dem Ergebnis gekommen, daß der Artikel " Dursun Akcam und sein Sohn sind aktive Militante von Dev-Yol ", der am 6.2.1983 in der Tercüman erschien, als Beleidigung anzusehen ist. Gericht bewies, daß der Inhalt des Berichtes nicht der Wahrheit entsprach.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 17.5.1983

Der erste Antrag kam von der Partei der Nationalistischen Demokratie/Die Gründung der Parteien hat begonnen

Turgut Sunalp, Ahmet Ihsan Kirikli, Abdurrahman Güler, Ali Bozer und Namik Kemal Sentürk überreichten dem Innenminister gestern morgen die Gründungsmitteilung.
Bei der ersten Versammlung der MDP (Milliyetci Demokrasi Partisi) wurde einstimmig Turgut Sunalp zum Vorsitzenden gewählt. Ahmet Ihsan Kirimli, Sabri Keskin, Musa Ögün und Davut Akca wurden stellvertretende Vorsitzende und Dogan Kasaroglu Generalsekretär.

Cumhuriyet vom 17.5.1983

Die Große Partei der Türkei veröffentlichte ihre Gründungsmitteilung

Die Große Partei der Türkei, veröffentlichte gestern ihre Gründungsmitteilung. Hierin teilte Cindoruk mit, daß für den Fall, daß sie an die Macht kämen, das erste Thema die Verbesserung der Demokratie sei. An der Pressekonferenz nahmen unter anderem auch Mehmet Gölhan, Kemal Demiralay, Aziz Gürnüs und Alaaddin Aksoy teil.

Cumhuriyet vom 16.5.1983

Eine neue Periode mit neuen Parteien

Es wird erwartet, daß die Große Partei der Türkei, gegründet von Ali Fethi Esener, Hüsamettin Cindoruk und Mehmet Gölhan, in dieser Woche dem Innenministerium die Gründungsmitteilung überreicht.
Von der Populistischen Partei, deren Gründer Necdet Calp ist, wird erwartet, daß sie am 18.5. den Antrag auf Zulassung stellen wird.
Die Partei der Nationalistischen Demokratie deren Gründungsvorbereitungen Turgut Sunalp betrieb, wird heute gegründet.
Die Sozialdemokratische Kraft arbeitet weiterhin daran, Gründungsmitglieder zu bestiimen für die Gründung einer Partei am linken Flügel.

Schwerpunktthema in der nächsten Ausgabe:

DIE NEUEN PARTEIEN UND IHRE FÜHRER ENTWICKLUNG, AUSRICHTUNG UND PROGRAMME

IMPRESSUM
TÜRKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement 6 Monate = 20.- DM, 1 Jahr = 40.-DM
Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten = 6 Wochen vor Ablauf; Bei 1 Jahr = 3 Monate vor Jahresende
Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der 'türkei-infodienst' erscheint 14-tägig